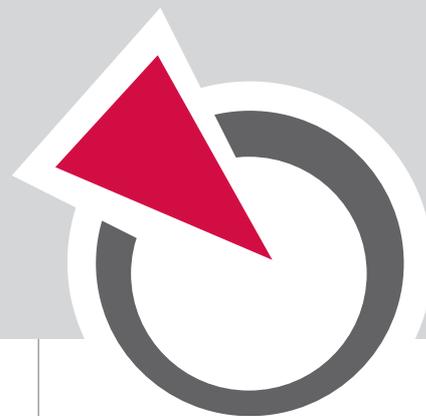


monitor



... alles muss versteckt sein!

Hintergrund ➔ Sieben Jahre erfolgreiche Aufklärung mit der Broschüre »Versteckspiel«

Das lange Warten hat ein Ende: die Broschüre »Versteckspiel - Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen« ist in diesem Monat endlich in aktualisierter Neuauflage erschienen. Seit sieben Jahren erscheint die »Versteckspiel«-Broschüre und hat inzwischen eine Gesamtauflage von über 85.000 Exemplaren erreicht. Zeit für einen Rückblick, der leider nicht nur positiv ausfällt.

U nmittelbarer Anlass für uns, im Jahr 2001 die Broschüre zu konzipieren, waren Erfahrungen in der Bildungsarbeit. Insbesondere in der LehrerInnen-Fortbildung zeigte sich bei den Teilnehmenden oft eine tiefe Unkenntnis über extrem rechte Erscheinungsformen. Einem unserer Referenten wurde beispielsweise in einer schulinternen Lehrerfortbildung - die in einem Klassenraum stattfand - versichert, eine solche Fortbildung sei eigentlich nicht notwendig, denn an dieser Schule gäbe es keine Probleme mit rechten Jugendlichen. Ein Blick auf den Tisch des Referenten ließ die maulenden LehrerInnen verstummen: Eingeritzt in die Tischoberfläche fand sich ein Sammelsurium an extrem rechten Codes und Symbolen sowie Namen von Nazibands.

Dankbare NutzerInnen

ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die sich in ihrer Ausbildung nicht mit dem Themenbereich auseinandersetzen, müssen zwangsläufig scheitern, wenn sie das erste Mal in ihrem beruflichen Alltag damit konfrontiert werden. Uns kam es daher darauf an, den MultiplikatorInnen die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik extrem rechter Orientierung verständlich zu machen, um so eine fundierte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Zahlreiche Bestellungen aus Schulen - vor allem Berufsschulen und Oberstufenzentren, aber auch Polizei- und Seemannsschulen - machen deutlich, dass diese Zielgruppe auch erreicht wird.

Tatsächlich geht der Kreis der NutzerInnen jedoch weit über den schulischen Bereich hinaus: Initiativen und Vereine nutzen die Broschüre für ihre Bildungsarbeit, JournalistInnen versorgen sich ebenso mit Hintergrundinformationen wie Gewerkschaften, Parteien, Jugendämter, Universitäten und Kirchen. Selbst das Bundeskriminalamt, verschiedene Landeskriminalämter und einzelne Polizeidirektionen nutzen das Know-How und die Einschätzung der »Versteckspiel«-Broschüre für ihre Arbeit. Verständlich, da die Publikationen der Verfassungsschutzämter zum Thema weder inhaltlich noch gestalterisch überzeugen können.

Ungewollte Nutzung

Dass die Versteckspiel-Broschüre eine Lücke füllen wird, war uns bei der Planung bewusst. Wie groß diese Lücke ist und wie wenig qualitativ vergleichbares es auch sieben Jahre nach der Erstveröffentlichung gibt, erstaunt uns immer wieder. Beleg für die Qualität ist leider auch die Tatsache, dass sich immer wieder ungefragt an unseren Texten und Fotos bedient wird. Es sind

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.





»Lebensschützer« auf Kreuzzug, Neonazis dabei

Berlin/München • In Berlin-Mitte fand am 20. September erneut der »Marsch der 1000 Kreuze« statt, organisiert von christlichen FundamentalistInnen und »LebensschützerInnen«, u.a. PRO LIFE. Die 1000 Holzkreuze sollen an die angeblich ein-tausend abgetriebenen Kinder »pro Werttag« in Deutschland erinnern.

Eine junge Rednerin erzählte vor dem Schweigemarsch von ihrem Glück, fünffache Mutter zu sein, die



Liedermacherin Claudia Wellbrock sang geläutert über ihr abgetriebenes Kind, ein Herr Kälberer appellierte an die Männer, »junge Schwangere bei sich aufzunehmen«. Schätzungsweise 70 Prozent der anwesenden

AbtreibungsgegnerInnen waren männlich. Während in Berlin die Gegenproteste relativ gering waren, kamen zum gleichen Event am 4. Oktober in München mehr GegendemonstrantInnen (ca. 300) und weniger »Lebensschützer« (ca. 260). Hier marschierten rund 60 Neonazis in einem eigenen Block mit, darunter KARL RICHTER (BIA/NPD), NORMAN BORDIN (NPD) und Neonazis aus dem Spektrum der »Freien Kräfte«. Die OrganisatorInnen von Pro Life erklärten im Nachhinein, dass die »Rechtsradikalen nicht eingeladen« gewesen seien, hielten es aber offensichtlich nicht für notwendig, sich explizit von den Neonazis zu distanzieren oder sie auszuschließen. ◀

Erneut Mord an Antifaschisten in Russland

Moskau • Am Morgen des 10. Oktober 2008 wurde der 27-jährige »Fedjay« Feodor Vasilevich Filatov ▼

vor allem große - und finanziell gut ausgestattete Institutionen - die sich frech unserer Inhalte bedienen, um damit eine Kompetenz vorzutäuschen, die sie nicht besitzen. Das ist immer wieder ärgerlich und eine Form von Kompliment, auf das wir gerne verzichten können.

Zeichen verstehen

Wir kooperieren häufig und gerne mit denjenigen, denen es um mehr als die bloße Auflistung rechtsextremer Erscheinungsformen geht. Bei der Darstellung von äußerlichen Erkennungszeichen ist die Gefahr groß, auf der plakativen Ebene hängen zu bleiben. Das war uns bei der Erstellung sehr wohl bewusst und wir haben deshalb viel versucht, um die dahinterstehende Lebenswelt verständlich zu machen. Das funktioniert allerdings nur dann, wenn die LeserInnen nicht nur Bilder gucken, sondern auch die Texte lesen und die Auseinandersetzung suchen. Dass dies leider nicht immer so ist, zeigt sich bei der Begleitausstellung zum »Versteckspiel«: viele reagieren verständnislos oder empört auf die künstlerische Umsetzung der Inhalte, hatten sie



Derselbe Neonazi aus München auf thematisch unterschiedlich ausgerichteten Aufmärschen

doch erwartet, Symbole und Codes im Großformat betrachten zu können. Die Chance, mittels einer kreativen Anregung etwas über den Gebrauch politischer Symbole zu erfahren, wird leider zu oft nicht genutzt.

Doch es gibt auch die vielen, die tatsächlich versuchen zu verstehen, welche Inhalte und Wertvorstellungen hinter den Symbolen stehen und denen die »Versteckspiel« in ihrer täglichen Arbeit weiterhilft. Nach sieben Jahren Versteckspiel müssen wir allerdings auch feststellen, dass wir die Art und Weise, wie diese Auseinandersetzung geführt wird, nur am Rande beeinflussen können.

Auseinandersetzung fördern

Im Fazit der ersten Ausgabe forderten wir, dem Engagement von nicht-rechten Jugendlichen Raum zu geben, ihre Bemühungen ernst zu nehmen und sie in ihrem Tun zu unterstützen. Denn Erfahrungen in einzelnen Kommunen

hatten gezeigt, dass dort, wo antifaschistische Jugendliche in ihrem Engagement unterstützt werden, extrem rechte Hegemoniebestrebungen erfolgreich zurückgedrängt werden können.

Heute, im Jahre 2008, müssen wir feststellen, dass neonazistische Gewalttaten stetig zunehmen, die Neonazis sich neue kulturelle Bereiche und soziale Räume erobern und darin überaus selbstbewusst auftreten. Demgegenüber sind die Räume für alternative und nicht-rechte Jugendliche vielerorts enger geworden. Und das, obwohl inzwischen zahlreiche Bundesprogramme dazu beitragen sollen, das Engagement gegen Rechts zu fördern und auch die Parteien immer wieder ihr engagiertes Eintreten gegen Rechts-extremismus betonen.

Dass die Rahmenbedingungen für antifaschistische Jugendliche sich verschlechtert haben, liegt zum einen am Umgang der politisch Verantwortlichen in den Kommunen mit der Problematik. Sie gehen verstärkt (wieder) dazu über, Aktivitäten der Neonazis zu verharmlosen, keine öffentliche Diskussion darüber zuzulassen und den Umgang mit extremen Rechten zur rein poli-

zeilichen Angelegenheit zu erklären. Statt engagierte Akteure zu unterstützen, wird auf die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus verwiesen, die das finanzieren sollen, was die Zivilgesellschaft nicht leisten kann oder will.

Verschlechterte Rahmenbedingungen

Doch diese Programme auf Bundes- und Landesebene sind Teil des Problems, denn sie haben dafür gesorgt, dass sich die gesamte Projektlandschaft verändert hat. Vor nicht einmal zehn Jahren waren es noch antifaschistische und anti-rassistische Basisinitiativen, die aus Überzeugung und meist ohne große finanzielle Ausstattung bitter notwendige Arbeit leisteten, die Bildungsveranstaltungen durchführten, Recherche und Aufklärung betrieben oder die Opfer rassistischer Angriffe betreuten. Heute ist das Engagement gegen Rechts für viele Institutionen ein Business, um Fördermittel wird hart gekämpft und eine klare antifaschistische Positionierung



ist weder notwendig, noch - zumindest bei der Beantragung von öffentlichen Mittel - gewünscht.

Das hat Auswirkungen auf die Konzepte, die sowohl von den programmführenden Ministerien als auch von den geförderten Projekten verfolgt werden: Anstatt diejenigen zu unterstützen, die sich extrem rechten Einflüssen entgegenstellen, werden teure Kriseninterventionsmaßnahmen finanziert, um die Auswirkungen der fehlenden Zivilgesellschaft zu bekämpfen. Ganz so, als wäre Rechtsextremismus kein gesellschaftliches sondern nur ein individuelles Problem einiger verwirrter Jugendlicher. Und als sei Rechtsextremismus eine vorübergehende Krise und nicht ein Alltagsphänomen, das seine Ursachen auch in den Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft hat. Da passt es ins Bild, dass in den Kommunen wieder verstärkt über die sogenannte »akzeptierende Sozialarbeit« mit rechtsgerichteten Jugendlichen geredet wird, ein Konzept, das schon vor Jahren in der berechtigten Kritik stand. Teure Aussteigerprogramme, überalterte Konzepte, harmlose Multi-Kulti-Feste und »mobilen Interventionsteams«, die dann eingesetzt werden, wenn der Nazi schon zugeschlagen hat: das ist derzeit das Ergebnis der Entwicklung, die mit dem Aufruf zur Zivilcourage begann.

Eckstein, Eckstein...

Wenn im Rahmen einer solchen Strategie - »fehlgeleitete« Jugendliche mit Programmen zu bearbeiten und zum Ausstieg zu bewegen und

rechtsextreme Übergriffe oder Aufmärsche als vereinzelte Krisen zu betrachten - die Versteckspiel-Broschüre quasi als Katalog benutzt wird, um die zu betreuende Klientel zu identifizieren, erfüllt sie einen Zweck, den wir wirklich nie gewollt haben. Solch eine auf öffentlichkeitswirksame Aktionen und Programme ausgerichtete Projektlandschaft muss als Feigenblatt für verharmlosende und untätige KommunalpolitikerInnen erhalten und beides zusammen ist sicher nicht dazu geeignet, dem »rechten Kulturkampf« wirkungsvoll entgegen zu treten.

Die Tatsache, dass der Widerstand nicht-rechter Jugendlicher gegen Einflussversuche der extremen Rechten und das Eintreten für eine selbstbewusste, nicht-rechte Jugendkultur oft sogar körperlich verteidigt werden muss, ist nach wie vor ein unhaltbarer Zustand. Es muss endlich Zeit und Energie in solche Kräfte investiert werden, die rechtsextreme Einflüsse erfolgreich zurück drängen können. Dem antifaschistischen Engagement eines jeden einzelnen Jugendlichen muss endlich die Anerkennung und Unterstützung zuteil werden, die sie verdienen. Wir hoffen, dass die Neuauflage der Versteckspiel dazu beiträgt.

Kathrin Klever

In enger Zusammenarbeit mit dem apabiz hat die Agentur für soziale Perspektiven die Broschüre komplett überarbeitet: »Versteckspiel« - Lifestyle, Symbole und Codes von extrem rechten und neonazistischen Gruppen, Berlin 2008. Zu beziehen über mail@aspberlin.de.

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Vorträge über rechtliche Rahmenbedingungen

Juristische Handlungsräume kennen

Wer sich in politische Auseinandersetzungen begibt, erfährt oftmals eine »Verlagerung« von Konflikten auf die juristische Ebene. Gerade im Bereich von Versammlungen und Veranstaltungen erleben wir zahlreiche Eingriffsversuche von Versammlungsbehörden und Polizei. Um entsprechenden Versuchen vorzugreifen ist ein Grundverständnis der einschlägigen Rechtslage unerlässlich.

Zwei neue Veranstaltungsangebote sollen dazu dienen, mehr Rechtssicherheit zu vermitteln. Dabei steht auch die Durchsetzung eigener Rechte gegen »ungebetene Gäste« auf Versammlungen oder im Rahmen von Gegenprotesten im Mittelpunkt.

Eine wichtige Auseinandersetzung um öffentliche Räume spielt sich jenseits des her-

kömmlichen Demonstrationsgeschehens ab. Vom Parteitag in der Stadthalle bis zum »nationalen« Fußballturnier auf dem örtlichen Sportplatz sehen sich die Kommunen und Bezirke vermehrten Nutzungsbestrebungen öffentlicher Räume und Einrichtungen durch rechtsextremistische Gruppierungen ausgesetzt.

Eine zweite Veranstaltung rund um Nutzungsordnungen und Vertragsgestaltung beleuchtet anhand aktueller Rechtsprechung die verschiedenen Möglichkeiten, auf rechtsextreme Anmietversuche zu reagieren und richtet sich nicht nur an kommunale EntscheidungsträgerInnen sondern auch an die unmittelbaren NutzerInnen entsprechender Einrichtungen.

Der Referent arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin. ◀

▶ Opfer eines Mordanschlags. Vier Unbekannte erstachen ihn vor seinem Wohnhaus. Das Opfer starb im Krankenhaus ohne wieder zu Bewusstsein zu gelangen. »Fedjay« Filatov gehörte zum Kern der Moscow-Trojan-Skinheads, einem Zusammenschluss »apolitischer« antirassistischer SHARP-Skinheads aus Moskau und dem Moskauer Umland. Seine Freunde aus Berlin schreiben: »Es gibt keinen Zweifel für uns, dass er für seine antifaschistischen Überzeugungen ermordet wurde. Sein Gesicht war den meisten Neo-Nazis in Moskau und Russland bekannt, auf mehreren russischen »Anti-Antifa«-Websites sind Fotos von ihm veröffentlicht worden. Auch Tatort und Tatzeit lassen keinen anderen Schluss zu, dass Feodor Filatov gezielt von Anti-Antifa-Aktivisten ausgespäht und anschließend gezielt ermordet wurde.« ◀

Erfolgreiche Proteste gegen Thor Steinar

Hamburg • Am 25. September 2008 wurde in einer Hamburger Einkaufspassage in bester Innenstadtlage der erste westdeutsche THOR STEINAR-Shop eröffnet. Nahezu täglich gibt es seitdem massive und letztlich erfolgreiche antifaschistische Proteste. Am 10. Oktober gab der Eigentümer der Passage, die Hamburgische Landesbank HSH Nordbank, aufgrund der »prekären Sicherheitslage« die vorzeitige Beendigung des Mietvertrags zum 31. Oktober 2008 bekannt. Zudem sehe sich die Landesbank vom »Mieter [UWE MEUSEL] arglistig getäuscht«, denn dieser habe »nicht mit offenen Karten gespielt« und den Laden mit Namen BREVIK für die »Protex GmbH - funktionale Sport- und Outdoorbekleidung« angemietet. Der HSH Nordbank hätte jedoch bekannt sein müssen, dass sich hinter diesem Namen Thor Steinar verbirgt. Im Stadion des HSV - der HSH Nordbank Arena - ist das Tragen von THOR STEINAR seit einem Jahr verboten. Angeblich soll der PROTEx GmbH 800.000 Euro für die Aufgabe des Mietvertrags zahlen, was bisher offiziell weder bestätigt noch dementiert wurde. Die Zahlung würde vom schwarz-grünen Senat mitgetragen und übersteigt bei Weitem dessen Jahresetat für Projekte gegen Rechtsextremismus. ◀



Celtic Moon-Produzenten verhaftet

Dänemark • Zwei wichtige Produzenten von neonazistischer Musik wurden am 27. August in Dänemark verhaftet und stehen nun vor ihrer Ausweisung nach Deutschland. Den beiden Betreibern des Nazirock-Labels CELTIC MOON, FLEMMING C. und STEPHAN G., wird vorgeworfen, mehr als 100.000 CDs mit »extremistischen Inhalten« vor allem für den deutschen Markt produziert zu haben. Die dänischen Behörden haben einer Ausweisung grundsätzlich zugestimmt, die beiden Männer haben das Recht, dagegen vor einem dänischen Gericht anzugehen. Sie stehen laut Presseberichten in Kontakt zu deutschen RechtsRock-Produzenten und neonazistischen Aktivisten, darunter auch zu dem Mitglied im NPD-Bundesvorstand und Betreiber des WB-Versands THORSTEN HEISE. ◀

Bundesweite Großrazzia gegen die HDJ

Bundesweit • In den frühen Morgenstunden des 9. Oktober 2008 erfolgte eine groß angelegte, bundesweite Razzia gegen die neonazistische HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ). Durchsucht wurden etwa 80 Objekte in 14 Bundesländern, darunter 14 in Brandenburg, 17 in Mecklenburg-Vorpommern und 15 in Berlin. Betroffen waren u. a. die Bundesparteientrale der NPD wie auch die Privatwohnung von STELLA und JÖRG HÄHNEL, letzterer Landesvorsitzender der Berliner NPD. Etwa 100 Personen wurden polizeilich überprüft, Festnahmen hat es jedoch keine gegeben. Nach Informationen der ermittelnden Behörden soll das beschlagnahmte Material dahingehend überprüft werden, ob die HDJ aufgrund ihrer ideologischen Indoktrinierung und körperlichen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Sinne eines Verstoßes gegen die »freiheitlich demokratische Grundordnung« verboten werden kann. ExpertInnen kritisierten die Maßnahme als verspätet und zeigten sich verwundert darüber, dass den Behörden offenbar nicht genug Materialien über die offen neonazistische Gruppierung zur Verfügung steht. In einer Reihe von Bundesländern wurden zudem Teile des Führungskader bei den Durchsuchungen ausgespart. ◀

100.000 Stimmen für Rechtsaußen

Bericht ↻ Kommunalwahlen in Brandenburg

Die Bilanz der Brandenburger Kommunalwahlen ist gemischt. Einen Durchbruch gab es weder für die aufstrebende NPD noch für die weiter präsente DVU. Gleichwohl haben die Rechtsextremen nun bedeutend mehr Mandate als zuvor und schafften überall, wo sie antraten, den Einzug in die Kreistage.

Die extrem rechten Parteien haben bei den Brandenburger Kommunalwahlen am 28. September 2008 ihren Stimmanteil im Vergleich zu den vorherigen Wahlen 2003 deutlich steigern können. Auf Kreisebene erreichte die NPD landesweit 1,8 Prozent (2003: 0,53 Prozent) und die DVU 1,6 Prozent (2003: 1,03 Prozent). In absoluten Zahlen ausgedrückt vergrößerte sich die Stimmzahl beider Parteien von zusammengerechnet 42.000 auf 103.000.

Die beiden Parteien waren nach Landkreisen getrennt parallel zueinander angetreten, um sich - im Geist ihres »Deutschlandpakts« - keine direkte Konkurrenz zu machen. Nur im Landkreis Oder-Spree kandidierten sie gegeneinander. Das dortige Wahlergebnis belegt, dass die NPD im Aufwind ist, nachdem sie jahrelang in Brandenburg nur ein Schattendasein führte. Sie errang

kreisweit 10.000 Stimmen und drei Kreistagsmandate. Die DVU fiel hingegen auf 0,9 Prozent und verlor ihr bisheriges Einzelmandat. Mit landesweit je 250 Mitgliedern sind die beiden Parteien nominell etwa gleichstark - doch die NPD hat eine aktivere Basis und bemüht sich nicht nur in Wahlzeiten, Präsenz zu zeigen. Auch wenn die DVU seit 1999 in Fraktionsstärke im Landtag sitzt (und laut »Deutschlandpakt« 2009 kandidieren soll) schneidet sie im direkten Vergleich derzeit schwächer als die NPD ab.

In allen Kreisen, wo NPD und DVU antraten, gewannen sie Mandate. Die NPD ist jetzt mit insgesamt 14 Abgeordneten in sechs Landkreisen vertreten (2003: 4 in drei). Die DVU hat 12 Mandate in sieben Landkreisen errungen (2003: 7 in fünf). Hinzu kommen zwei NPD-Mandate in der

Erik Jensen

3.09.1937 - 23.08. 2008



Unser langjähriger Freund und Genosse Erik Jensen, Aktivist des antifaschistischen Vereins Demos in Kopenhagen ist tot. Er starb an Krebs. Erik wurde in einem Arbeiterviertel in Kopenhagen geboren. Er wurde schon als junger Mann Mitglied der Dänischen Kommunistischen Partei. Es war jedoch nicht die Partei, wo er seine politische Arbeit entfaltete, sondern die dänischen Vietnambewegung, der Buchverlag Demos und zuletzt der antirassistische und antifaschistische Verein Demos.

Schon Anfang der 1970er Jahre war Demos die erste Gruppe in Dänemark, die sich gegen den Rechtstrend in der Gesellschaft einsetzte.

Als deutsche Neonazis sich 1993 nördlich der deutsch-dänischen Grenze etablieren wollten, war Erik einer der Aktiven im Aufbau des lokal verankerten antifaschistischen Widerstandes, dem es gelang, die Neonazis rauszuwerfen. Dass sich die Nazis in Dänemark niemals richtig festsetzen konnten, ist vor allem dem breiten antifaschistischen Widerstand zu verdanken, und Erik hat ohne Zweifel zu diesem beigetragen. In dieser Periode begann Erik mit der Gründung und dem Aufbau des internationalen antifaschistischen Netzwerkes, ein Netzwerk, das noch heute besteht. Vor 20 Jahren wurde die erste Nummer der antifaschistischen Zeitschrift Demos Nyhedsbrev veröffentlicht und einer der fleißigsten Publizisten war Erik. Seine antifaschistische Arbeit hat neue Generationen von Antifaschisten geschult, inspiriert und motiviert. Nicht ohne Grund hat er es vermocht, Respekt und Vertrauen in weiten Kreisen von Journalisten aufzubauen. Erik war ohne Vorurteile, offen und vorwärtsdenkend. Die Bewegung hat einen großen Menschen und ein politisches Talent verloren.

Erik ist tot, aber sein Kampf geht weiter.

Anne Jessen/Demos



kreisfreien Stadt Cottbus und ein DVU-Mandat in der ebenfalls kreisfreien Landeshauptstadt Potsdam. Desweiteren schickt die NPD 9 VertreterInnen in acht Stadtverordnetenversammlungen und 2 in Gemeindevertretungen. Die DVU errang 7 Mandate in fünf Stadtverordnetenversammlungen und je eines in sechs Gemeindevertretungen. Insgesamt verfügen NPD und DVU nun über 53 Kreis-, Stadt- und Gemeindefmandate im Land Brandenburg. Zu beachten ist dabei, dass GÜNTHER SCHWEMMER, der wiedergewählte Verordnete der DVU in Potsdam gleichzeitig NPD-Mitglied ist und dass MIKE SANDOW, über die DVU-Liste im Barnim in den Kreistag gewählt, von Hause aus ein NPD-Aktivist ist.

In den kreisfreien Städten Brandenburg/Havel und Frankfurt/Oder sowie im Kreis Ostprignitz-Ruppin traten keine rechtsextremen Parteien an.

Ein Durchbruch ist den Rechtsextremen bei den Wahlen mitnichten gelungen. Die insgesamt 53 Mandate sind zwar ein deutlicher Anstieg. Einmal mehr hat sich die bundesweite Erfahrung aus den letzten Jahren bestätigt: Wenn Rechtsextreme kommunal antreten, schaffen sie in der Regel den Einzug in die Parlamente. Doch die strukturellen Mankos der extremen Rechten in Brandenburg traten ebenfalls zum Vorschein. Die Konstellation einer aufstrebenden NPD auf der einen Seite und einer wegen ihrer Landtagspräsenz anspruchsvollen aber schwachen DVU auf der anderen Seite wirkte sich lähmend aus. Die Parteien schafften es zudem nicht - auch unter Rücksicht auf die territoriale Aufteilung der Wahlgebiete untereinander - flächendeckend anzutreten, geschweige denn auf den unteren Stadt- und Gemeindeebenen eine relevante Anzahl von KandidatInnen aufzustellen. Es mangelt schlichtweg an Personal, um die zweifellos vorhandenen Wahlpotenziale abschöpfen zu können. 25 Prozent der BrandenburgerInnen sind rechtsextrem eingestellt, so das Ergebnis des »Berlin-Brandenburg-BUS«, einer 2008 durchgeführten empirischen Studie der FU Berlin. Wegen

ihrer Personalschwäche war die NPD darauf angewiesen, auch eine Politmumie wie FRANK HÜBNER, Ex-Chef der 1992 verbotenen Kühnentruppe DEUTSCHE ALTERNATIVE, für sich antreten zu lassen - er errang ein Mandat in der Cottbusser Stadtverordnetenversammlung. Ebenfalls war die NPD so dreist, ALEXANDER BODE, den verurteilten Haupttäter der tödlichen Hetzjagd von Guben 1999, aufzustellen. Bode wurde zwar nicht gewählt, mit MARCO NEULING sitzt nun jedoch trotzdem ein NPDler in der Gubener Stadtverordnetenversammlung.

Neben NPD und DVU waren weitere rechte Kandidaturen nur punktuell erfolgreich. So verteidigte der Chef der Kleinstpartei DIE RECHTE, FALK JANKE, sein Kreistagsmandat in Märkisch-Oderland. In Spremberg schaffte MICHAEL HANKO, Besitzer des Neonazitreffs BUNKER 38, als Einzelbewerber den Sprung in die Stadtverordnetenversammlung. In Angermünde scheiterte hingegen OTTOMARTIN REBLÉ mit seiner Kandidatur auf der Liste der BÜRGER FÜR GERECHTIGKEIT. Reblé ist Ex-Mitglied der aufgelösten Neonazikameradschaft MÄRKISCHER HEIMATSCHUTZ. Vereinzelt Sitze auf Gemeindeebene entfielen zudem auf die DEUTSCHE SOZIALE UNION und DIE REPUBLIKANER.

Dass die rechtsextremen Erfolge sich in Grenzen halten, dürfte zu einem guten Stück auch der antifaschistischen Aufklärungsarbeit während des Wahlkampfes zu verdanken sein. So machte eine Antifakampagne unter dem Slogan »Keine Stimme den Nazis« mobil und das Apabiz verteilte zusammen mit dem »Antifaschistischen Infoblatt« 100.000 Exemplare einer eigens erstellten Brandenburgausgabe der Zeitung »Kein Bock auf Nazis«. Zahlreiche Verbände und Institutionen hatten zudem dazu aufgerufen, überhaupt zur Wahl zu gehen und dann »demokratische Parteien« zu wählen, um über eine höhere Wahlbeteiligung die Rechten zu schwächen. Letzteres hatte allerdings nur mäßigen Erfolg: Nur 50,3 Prozent der 2,1 Millionen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

Toni Peters

Haiders letztes Rennen

Österreich • Der rechtsextreme österreichische Politiker JÖRG HAIDER verunglückte bei einem selbstverschuldeten Autounfall in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober 2008 tödlich. Er war mit 142 km/h (bei erlaubten 70 km/h) nach einem Überholmanöver rechts von der Fahrbahn abgekommen. »Wer nicht Autofahren kann, hat keinen Führerschein zu haben und wer bewusst Rechtsbruch begeht, kann und darf nicht Rechtsanwalt sein« hatte HAIDER selbst letztes Jahr bei einem Streit mit dem »Slowenenfunktionär« Rudi Vouk gefordert.

HAIDER war aufgrund seiner rassistischen, antisemitischen und revidionistischen Äußerungen zwar umstritten aber ebenso erfolgreich. So war er langjähriger FPÖ-Vorsitzender und bis zuletzt Kärntner Landeshauptmann. Die FPÖ wurde bei den Nationalratswahlen 1999 zweitstärkste Partei und bildete danach mit den Konservativen die Regierung. Seinen letzten großen Erfolg erzielte HAIDER bei den Nationalratswahlen am 28. September 2008, als seine FPÖ-Abspaltung BÜNDNIS ZUKUNFT ÖSTERREICH (BZÖ) mit 11 Prozent der Stimmen ins Parlament einzog. Die Zukunft seiner Partei, die sich stark auf Haiders Charisma stützte, scheint nun als sehr ungewiss. Zum Nachfolger wurde der als unerfahren geltende Jungpolitiker und Haider-Zögling STEFAN PETZNER (27) gewählt. Auch ein Zusammenschluss mit der FPÖ scheint möglich. ◀

NPD-Handreichung in zweiter Auflage

Berlin • Wir haben vor kurzem unsere achtseitige Handreichung über Programm, Struktur, Personal und Geschichte der NPD aktualisiert und neu aufgelegt. Ab sofort könnt ihr sie bei uns bestellen oder als pdf von unserer Seite herunter laden. Die Handreichung liefert in komprimierter Form die wichtigsten Fakten über die älteste und zugleich modernste Partei mit neonazistischem Programm. Die gedruckte Fassung der Handreichung könnt ihr per E-Mail bei uns bestellen. Für 5 Euro erhaltet ihr 25 Exemplare. Preise für größere Mengen bitte nachfragen. Die Datei (655 kB) findet ihr auf unserer Homepage unter www.apabiz.de/aktuell/NPDNeu.pdf ◀





NPD gegen Hindu-Tempel

Bericht ➔ Die NPD verbreitet Überfremdungs-Paranoia

Rohrmoser gestorben

Stuttgart • Am 15. September ist GÜNTHER ROHRMOSER in Stuttgart verstorben. Der Braunzonen-Sozialphilosoph, Jahrgang 1927, war Berater für FRANZ JOSEF STRAUB (CSU) und HANS FILBINGER (CDU), in den 1980er Jahren auch für die SPD. Der Mitbegründer des STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM wurde unter anderem als Gegner der Frankfurter Schule sowie als Mitautor des bis heute gültigen CSU-Programms bekannt. Als Interviewpartner stand Rohrmoser u.a. der JUNGEN FREIHEIT, MUT und der CRITICÓN zur Verfügung. Zuletzt hatte er mit einem homophoben Ausfall für Empörung gesorgt. Er wolle zwar »nicht frohlocken«, dass Volker Beck, der »Hauptvertreter des deutschen Schwulentums«, 2006 beim Gaypride in Moskau verprügelt wurde, doch Russland habe so weltweit viele Freunde dazu gewonnen, schrieb Rohrmoser in den »Weikersheimer Blättern«, die vom Studienzentrum Weikersheim herausgegeben werden. Als Professor lehrte Rohrmoser an den Universitäten von Köln, Hohenheim und Stuttgart. ◀

Neue Ausstellung »Überlebensberichte von Josef Jakobowicz«

Nürnberg • Mit einer neuen Wanderausstellung wird seit kurzem das bewegte Leben des jüdischen Nürnbergers Josef Jakobowicz geehrt. Jakobowicz wurde 1925 in Oswiecim (Auschwitz) geboren und überlebte elf Zwangsarbeitslager und Konzentrationslager. 34 seiner Angehörigen wurden ermordet. Seit dem Kriegsende lebt er in Nürnberg. Birgit Mair,



Mitarbeiterin des Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB), hat die Ausstellung nach neun Jahren Recherche und Gesprächen zusammen gestellt. Ein Buch über seine Überlebensstrategie in den Lagern ist bereits 2006 erschienen (siehe Seite 8). Weitere Informationen, auch über die ▼

Ein NPD-Aufmarsch am 23. August 2008 gegen den Bau von Hindutempeln war vorläufiger Höhepunkt rechtsextremer Aktivitäten in Neukölln. Eine Veranstaltung des RING NATIONALER FRAUEN (RNF) kurz darauf war hingegen ein Flop. Trotzdem darf sich die NPD hier im Aufwind fühlen.

» Alle Einschüchterungen und Angriffe halten uns nicht davon ab, auch in Gebiete vorzustoßen, welche Antifa und Ausländer für sich beanspruchen« - so das NPD-Fazit über eine öffentliche Veranstaltung des RNF, die am 5. September in den Räumen der Volkshochschule (VHS) im Norden Neuköllns stattfand. Massiv behindert von antifaschistischen Protesten trafen lediglich 21 TeilnehmerInnen ein, davon ganze 4 (!) Frauen. Die NPD rechnet sich in ihrer Berichterstattung allerdings auf »40 bis 50« Interessierte hoch und gibt sich zwanghaft optimistisch. STELLA HÄHNEL (RNF) reihte in einer konzeptlosen Rede völkische Plattitüden aneinander und äußerte im Plauderton der »national gesinnten, deutschen Mutter« die Meinung, dass in naher Zukunft alle Frauen dank der »Überfremdung« Kopftücher tragen müssten.

Rassistische NPD gegen »Hinduisten«

Auch der Neuköllner Bezirksverordnete der NPD, THOMAS VIERK, unterhielt auf dem NPD-Aufmarsch am 23. August das Neuköllner Publikum mit absurder Überfremdungs-Paranoia: »Demnächst ziehen dann bunt geschmückte Elefanten über die Hermannstrasse von einem zum anderen Hindutempel« lautete sein persönliches Horrorszenerario. Die NPD hatte 150 AnhängerInnen von Partei und Neonazi-Kameradschaften unter dem Motto »Keinen weiteren Hindutempel nach Neukölln« mobilisiert. Damit wurde erstmalig in Berlin eine andere Religionsgemeinschaft als die muslimische Ziel einer rassistischen Kampagne. Am Redebeitrag von VIERK ist allerdings bemerkenswert: Seine offen rassistische Hetze hat eine andere Qualität als die Beiträge der anderen Redner des Aufmarsches, UDO VOIGT und JÖRG HÄHNEL. So sprach VIERK von »finsternen Elemente[n] aus dem fernen Afrika [,die] mit Drogen [handeln]« oder »kleinen gelben Menschen«, die »Im- und Exportartikel verhökern«. Die NPD veröffentlichte auf einer ihrer Internetpräsenzen die Rede gekürzt und vor allem stark geschönt - einige bedenkliche Passagen mit volksverhetzendem Charakter tauchen nicht auf. Innerhalb der rechtsextremen Szene wurde der Aufmarsch nicht überall als Erfolg gewertet, da Hindus nicht als Feindbild taugen würden. Das Motto des Aufmarsches wurde als überzogen bewertet und lächerlich gemacht. VIERK ging auf

diese szeninterne Kritik ein und betonte, es sei ihm egal, dass Hindus ja »auch Hakenkreuze« haben.

Neukölln am Rande Berlins

So abstrus und lachhaft manches klingen mag, faktisch hat die NPD ihre Aktivitäten in der letzten Zeit in Neukölln spürbar verstärkt. Und die RNF-Versammlung hatte tatsächlich Symbolcharakter, auch wenn rechtsextreme Präsenz nach diversen Aufmärschen, NPD-Veranstaltungen und kleineren Kundgebungen im Bezirk nichts Neues ist. Die kameradschaftsnahen und nur locker organisierten NS-AktivistInnen konnten über lange Zeit relativ ungestört das Straßenbild der südlichen Stadtteile Rudow und Britz prägen und manche Gegend zum »Angstort« werden lassen. Anfang des Jahres wurden aus dem Umfeld bzw.



Hähnel und massenhaft Interessierte beim RNF

von Mitgliedern der DIVISION RUDOW schließlich zwei Brandanschläge auf Wohnhäuser von Familien mit Migrationshintergrund verübt. Zwar trifft die NPD in Neukölln auf zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Widerstand. Hinderlich ist da, dass eine bezirkliche Einrichtung der »Volksbildung« wie die VHS ohne Protest der NPD Räume überlässt. Und auch manche Äußerungen des Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD) sind eher kontraproduktiv. Er zählt laut BILD »die Hindus zu den wenigen Leistungsträgern in unserem Bezirk [...] Die Kinder dieser Familien schaffen die meisten Einser-Abis!«. Der Verweis auf die Leistungsbereitschaft einer migrantischen Community ist sicher keine erschöpfende Motivation gegen die rassistischen Parolen der NPD.

Eike Sanders



Bürgerschreck als »Bürgerbewegung«

Rezension ☞ Alexander Häusler (Hrsg.): »Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien«. Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Unter dem Titel »Rechtspopulismus als 'Bürgerbewegung'« erschien jüngst ein von Alexander Häusler (Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf) herausgegebener Sammelband, welcher laut Untertitel die »Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien« analysiert.

Tatsächlich fokussiert der Band jedoch überwiegend die Inhalte, das Auftreten und die Entwicklung der extrem rechten Organisationen PRO Köln, PRO NRW, PRO Deutschland und deren lokale Strukturen und verortet ihre Tätigkeiten im politischen und gesellschaftlichen Raum.

Das Buch hebt sich von vielen anderen wissenschaftlichen Werken schon durch seine immense Aktualität hervor. Hier wurde ein brandaktuelles Thema fachkundig aufgearbeitet. Das Werk ist eine gelungene Mischung aus Analysen und Fakten, welche teils im journalistischem Stil dargeboten werden. Entstanden ist ein gut lesbares und sehr informatives Buch zu diesem bisher unbearbeiteten Thema, wobei es gelingt, auch inhaltlich eigene Akzente setzt.

Populismus und extreme Rechte

Im ersten Kapitel stellt Karin Priester dar, dass es sich bei den diversen »PRO-Bewegungen« nicht um »Rechtsextremismus light« oder nur einen besonderen politischen Stil handelt. Sie benennt als eigene Merkmale z. B. die Inszenierung als »einfaches Volk«, das vermeintliche Vorgehen gegen »etablierte Bonzen« oder die Diffamierung der parlamentarischen Demokratie als Quasselbude. Alexander Häusler analysiert daraufhin das Agieren der diversen PRO-Gruppierungen als eine Modernisierungsstrategie innerhalb der extremen Rechten.

Im zweiten Teil beleuchten Hans-Peter Killguss, Jürgen Peters, Thomas Sager, Alexander Häusler und Jan Schedler die Vorläufer, die Entstehung und die Aktivitäten der diversen PRO-Gruppen. Ulli Jentsch beschreibt dies für Berlin und Brandenburg, Robert Andreasch für PRO München. Alle Beiträge sind detailreich und umfassend. Sie zeigen die Herkunft und Verankerung der PRO-Strukturen und deren Inhalten aus der extremen Rechten. Deutlich werden

sowohl organisatorische Schwächen, als auch die Rahmenbedingungen für punktuelle Erfolge.

Islam und Moscheebau im politischen Kontext

Im dritten Kapitel beschreibt Häusler die Konzentration von PRO auf die Diffamierung des Islam als Wahlkampfstrategie und als Anknüpfung an breit vorhandene Ressentiments. Beachtung finden dabei auch andere populistische Parteien der extremen Rechten in Europa wie die FPÖ oder der Front National.

Die Versäumnisse bei der Entwicklung eines interkulturellen Miteinanders schildert Michael Kiefer. Dadurch wird die Verbundenheit der rechtspopulistischen Kampagnen mit der politischen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung in der BRD deutlich. Am Beispiel Duisburg stellt dies Rauf Ceylan dar, Kemal Bozay an der Auseinandersetzung um den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld. Im Beitrag »Das halbierte Humanum - Wie Ralph Giordano zum Ausländerfeind wurde« dechiffriert Micha Brumlik den Anti-Islamismus Giordanos und liefert schlüssige Erklärungen für dessen Entwicklung von einer moralischen Instanz zum »halbierten Humanisten«.

Gegenstrategien

Wie mit den Rechtspopulisten von PRO umgegangen werden kann, wird im letzten Teil des Bandes beschrieben. Dabei wird die Notwendigkeit unterschiedlicher Strategien betont. Adelheid Schmidt und erneut Häusler unterziehen kommunale Handlungsstrategien einer kritischen Betrachtung, Susanna do Santos Herrmann referiert ihre Erfahrungen mit PRO Köln. Killguss, Schedler und Häusler beschreiben Handlungsmöglichkeiten für und mit Jugendlichen.

Der Sammelband hat seine Stärken vor allem in der Beschreibung der PRO-Organisationen und der Grundlagen des Anti-Islamismus in der Politik der sogenannten »Mitte«. Durchgängig werden genaue Analysen geliefert. Dass auch Altbekanntes zu finden ist - gerade bei den Gegenstrategien - verwundert nicht. Denn auch Bewährtes muss von Zeit zu Zeit neu vermittelt werden.

Jan Raabe

► Bezugsbedingungen, auf der Webseite www.isfbb.de. ◀

Andreas Molau tritt von NPD-Bundesämtern zurück

Niedersachsen • Anfang Oktober 2008 gab NPD-Bundesvorstandsmitglied ANDREAS MOLAU seinen Rücktritt von allen Parteiämtern auf Bundesebene bekannt. Als Begründung gab er an, infolge der Finanzaffäre um den ehemaligen Bundesschatzmeister ERWIN KEMMA und dessen Verurteilung das Vertrauen in Teile des Bundesvorstandes verloren zu haben. Diesen könne er »nach den Ereignissen um die Veruntreuung von Geldern in der Partei nicht mehr voll unterstützen«.

Molau kündigte zudem an, seine politische Arbeit nun auf den niedersächsischen NPD-Landesverband zu konzentrieren, dessen stellvertretender Vorsitzender er ist. Er wies gleichzeitig Spekulationen zurück, als NPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl 2009 in Thüringen antreten zu wollen. Mit diesem Dementi wird indirekt die Volksfront mit der DVU aufgekündigt, die hier ursprünglich als alleinige rechtsextreme Partei antreten sollte. ◀

NPD-Reinfall in Bayern

Bayern • Bei den bayerischen Landtagswahlen am 28. September fuhr die NPD mit 1,2 Prozent der Stimmen ein Ergebnis ein, das ihr zwar die Wahlkampfkostenerstattung sicherte aber weit unter den selbst gesteckten Zielen blieb. Die Neonazipartei lag selbst hinter den bundesweit in der Bedeutungslosigkeit verschwindenden REPUBLIKANERN, die 1,4 Prozent der Stimmen erhielten (2003: 2,2 Prozent). Die separatistische, weit rechts stehende BAYERNPARTEI holte 1,1 Prozent Stimmanteil (2003: 0,8 Prozent). Bei den vorhergehenden bayerischen Landtagswahlen 2003 war die NPD nicht angetreten. Die NPD-Landespitze um RALF OLLERT und SASCHA ROßMÜLLER vermerkte, dass man immerhin aus dem »Null-Komma-Ghetto« ausgebrochen sei, räumte aber auch ein, dass man nur ein »relativ bescheidenes Ergebnis« habe erzielen können. Den größten Zuspruch fand die NPD mit 1,7 Prozent (16.160 Stimmen) in der Oberpfalz. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

fugbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Heimrod, Ute; Schlusche, Günter; Seferens, Horst (Hrsg.): »Der Denkmalstreit - das Denkmal? Die Debatte um das 'Denkmal für die ermordeten Juden Europas'. Eine Dokumentation«, Philo Verlagsgesellschaft, 1999.*

Das 1300 Seiten umfassende Buch dokumentiert die Debatte um das bis heute umstrittene Denkmal. Ausgehend von dem Vorschlag einer Bürgerinitiative 1988, endet die Dokumentation kurz vor dem endgültigen Beschluss des Bundestages im Juni 1999 zur Errichtung des Denkmals. Doch für die Entscheidung und ihre öffentliche Bewertung ist ein Ergänzungsband vorgesehen. Mit dieser Einschränkung bildet das Buch eine damals schon zehnjährige Debatte in acht Kapiteln ab. Die vielen Quellenbeiträge sowie die interdisziplinären Perspektiven greifen dabei Blickpunkte verschiedener Wissenschaften auf, so dass das Buch als repräsentatives Grundlagenwerk zur Thematik gelten kann.

- *Martin, Peter; Alonzo, Christine (Hrsg.): »Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus«, Dölling und Galitz Verlag, 2004.*

Der Begleitband zu einer Ausstellung wurde im Auftrag des veranstaltenden NS-Dokumentationszentrums in Köln erstellt. Die vielen Fotos ergänzen die zahlreichen Quellen. Auf rund 800 Seiten wird das Verhältnis von Schwarzen und Nationalsozialismus beleuchtet. In den Beiträgen werden u. a. die afrikanischen Soldaten im Ersten Weltkrieg, die deutsche Kolonialpolitik in Afrika, die Rassengesetze, Zwangssterilisierungen, Morde, KZ-Inhaftierung und Widerstandsbeziehung der Schwarzen im NS-Staat thematisiert. Abschließend erfahren auch die Veränderungen seit 1945 eine ausführliche Reflexion.

- *Greiser, Kathrin: »Die Todesmärsche von Buchenwald - Räumung, Befreiung und Spuren der Erinnerung«, Wallstein Verlag, 2008.*

Eine umfassende Studie über das »letzte organisierte Massenverbrechen Nazi-Deutschlands«. Während der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurden viele Konzentrationslager geräumt. Allein die Todesmärsche aus Buchenwald haben mindestens 7.800 Opfer gekostet. Katrin Greiser beschäftigt sich mit der Auflösung dieses Lagerkomplexes im Frühjahr 1945 und untersucht den Umgang mit den Opfern der Todesmärsche nach dem Krieg. Die letzten Teile der Studie widmen sich den Erfahrungen der überlebenden Opfer und dem Handeln der Zivil-

bevölkerung, die zumeist abwehrend auf Gefangene und Tote reagierte. Die Todesmärsche gaben den wichtigsten Anstoß für die amerikanischen BefreierInnen die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse zu führen, die die Autorin an Buchenwald beispielhaft analysiert.

- *Morsch, Günter; Ley, Astrid (Hrsg.): »Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1945 Ereignisse und Entwicklungen«, Metropol Verlag, 2008.*

Katalog zur Dauerausstellung »Das KZ Sachsenhausen 1936-1945. Ereignisse und Entwicklungen«, die im April 2008 in der Gedenkstätte Sachsenhausen, in der ehemaligen Häftlingsküche, eröffnet wurde und einen Überblick über die historische Entwicklung des KZ gibt. Als Kernausstellung der Gedenkstätte dient sie auch zur Vorbereitung auf die übrigen Ausstellungsorte auf dem Gelände.

- *Mair, Birgit: »Überlebensberichte von Josef Jakobowicz. Eine biografische Analyse«, ISFBB, 2006.*

Das biografieanalytische Buch über den deutsch-jüdischen Zeitzeugen Josef Jakobowicz, der elf Zwangs- und Konzentrationslager überlebte, bildet die Grundlage für die gleichnamige Wanderausstellung des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung in Nürnberg. Anhand zahlreicher Interviews mit Jakobowicz, der 1925 in Auschwitz geboren ist, entstand nicht nur eine Biografie, sondern durch den Vergleich zu historischen Quellen wurden Übereinstimmungen und Widersprüche des Gesagten herausgearbeitet. Außerdem eröffnet sich dem Leser ein Blick in die Lebenswelt einer Kleinstadt Oberschlesiens und ihrer vornehmlich jüdischen Bevölkerung, die den alltäglichen Antisemitismus und die NS-Vernichtungspolitik am eigenen Leibe erlebten. Zu der ergänzenden Wanderausstellung siehe unsere Kurzmitteilung.

- *Hölscher, Lucian (Hrsg.): »Political Correctness - Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen«, Wallstein Verlag, 2008.*

Mehrere Autoren betrachten anhand kontroverser Diskussionen von der frühen BRD bis zur Gegenwart, wie der Vorwurf politischer (In-)Korrektheit historisch, sprachpolitisch und juristisch in Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit Bedeutsamkeit erfährt und sich als politische Sprachkritik etablierte. Ergänzend berichten in 13 Interviews VertreterInnen aus Medien, Politik, Kirche usw. über ihre Erfahrungen mit Political Correctness.